



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 9
Dienstag, 20. Juni 2006
17:00 - 19:29 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 27.06.06

Vorsitz:	Dr. Paul Bösch	OeBS
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	Nichtmitglied
Stimmzähler:	Rolf Amstad Erwin Sutter	SP EDU
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 44 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Nihat Tektas Christa Flückiger Christian Hablützel Peter Möller Rebekka Plüss	JFDP SP SP SP AL
Anfang der Sitzung:		
Schluss der Sitzung:	Wilhelm Hefti Peter Neukomm	SP SP

TRAKTANDEN

1	Jahresrechnung 2005 der Einwohnergemeinde Schaffhausen/Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV/Geschäftsbericht 2005 des Stadtrates z.K.	Seite	293
2	VdSR Preismassnahmen 2007 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen - Anerkennung des Halbtaxabonnements	Seite	310
3	Interpellation Theresia Derksen (CVP): Örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen	Nicht behandelt	

4	Interpellation Mitglieder der ständigen Kommission für soziale Belange: Arbeit statt Renten	Nicht behandelt
5	Motion Edgar Zehnder (SVP): Massnahmen gegen den Missbrauch von Sozialhilfe	Nicht behandelt
6	Interpellation Christa Flückiger (SP): Schliessung von städtischen Kindergärten	Nicht behandelt
7	Motion Lotti Winzeler (OeBS): Förderung vielfältiger Wohnformen im Alter	Nicht behandelt

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
07.01.03	VdSR-Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
07.03.06	Interpellation Theresia Derksen (CVP): Örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen	
11.04.06	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	GPK
20.04.06	Interpellation Mitglieder des Grossen Stadtrates der ständigen Kommission für soziale Belange Thomas Hauser (FDP), Iren Eichenberger (OeBS), Theres Brambrink (FDP): Arbeit statt Rente	
09.05.06	Motion Edgar Zehnder (SVP): Massnahmen gegen den Missbrauch von Sozialhilfe	
10.05.06	Interpellation Christa Flückiger (SP): Schliessung von städtischen Kindergärten	
16.05.06	VdSR Eichenstrasse 1 bis 48, Alleeweg 16 und 17, Aktualisierung der Baurechtsverträge durch Neuabschlüsse	GPK
16.05.06	VdSR Erneuerung der Kehrrichtbehandlungsanlage KBA Hard in Beringen, Projekt und Kostenvoranschlag	SPK
29.05.06	Motion Lotti Winzeler (OeBS): Förderung vielfältiger Wohnformen im Alter	
30.05.06	VdSR Revision der Gebührenverordnung Baubewilligungsverfahren	SPK
13.06.06	VdSR Totalrevision der Feuerwehrverordnung und der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen der Stadt Schaffhauen	SPK
20.06.06	Interpellation Christoph Schlatter (SP): Welche Haltung nimmt der Stadtrat zum verschärften Asylgesetz ein?	
20.06.06	Motion Walter Hotz (FDP): Eckwerte Leistungsauftrag für Stadtzug Schaffhauser Polizei	

2006 Kleine Anfragen:

4	Stephan Schlatter (SVP)	Schulhaus Breite: Wie weiter?	20.01.06
6	Mariann Keller (SP)	Zukünftiges Nutzungskonzept am Platz Schaffhausen	16.03.06

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 **Jahresrechnung 2005 der Einwohnergemeinde Schaffhausen Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV, Jahresbericht 2005 Geschäftsbericht des Stadtrates 2005**

Der Grosse Stadtrat genehmigt die **Jahresrechnung 2005** der Einwohnergemeinde Schaffhausen in der Schlussabstimmung mit **43 : 0 Stimmen** wie folgt:

1. Die vorliegende Jahresrechnung 2005 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und untersteht gemäss Art. 11 lit c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.
2. Die Einlagen in folgende Spezialfinanzierungen mit je Fr. 200'000.-- werden genehmigt:
 - Investitionen des Museums zu Allerheiligen
 - Oberflächengestaltung Herrenacker
 - Baubeitrag an das Alters- und Pflegeheim Stiftung Schönbühl
 - Doppelkindergarten Neubrunn
 - Doppelkindergarten St. Peter
3. Die Mehrausgaben in der Höhe von Fr. 78'000.-- für die Defizitdeckung der Kunsteisbahn- und Schwimmbadgenossenschaft KSS (Pos. 3480.364.000) werden genehmigt.

Der Grosse Stadtrat genehmigt folgende **Anpassungen** in den **WoV-Pilotbetrieben** gemäss Stadtratsbeschluss vom 09.05.06:

1. Die Pilotbetriebe für das Altersheim Steig, das Stadtarchiv und die Steuerverwaltung werden mit dem Jahresbericht 2006 beendet und mit dem Voranschlag 2007 in das traditionelle System zurückgeführt.
2. Fondszuweisungen gemäss WoV-Reglement vom 27. Oktober 1998 für diese drei Pilotabteilungen erfolgen letztmals mit dem Abschluss per 31. Dezember 2006.
3. Die Stadtgärtnerei erstellt den Voranschlag 2007 nochmals nach den Grundsätzen der Pilotabteilungen (Leistungsauftrag mit Globalbudget für bisherige Produktgruppen Gärtnerei und Bestattungen/Friedhöfe). Über die Überführung des gesamten Bereiches Stadtgärtnerei in den WoV-Versuchsbetrieb entscheidet das Parlament im Rahmen der vom Stadtrat angekündigten WoV-Vorlage.

Zusätzlich stellt die **GPK** mit Datum 14.06.06 folgenden **Antrag**:

Die Stadtgärtnerei wird beauftragt, für den WoV-Voranschlag 2007 ein Leistungsziel zur Bereitstellung einer aus betrieblicher Sicht sinnvollen Anzahl Arbeitsplätze für leistungsbeeinträchtigte Personen aufzunehmen und die Auswirkungen aufzuzeigen.

Der **Geschäftsbericht des Stadtrates 2005** wird vom Grossen Stadtrat nach kurzer Diskussion zur Kenntnis genommen.

Traktandum 2 Preismassnahmen 2007 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen Anerkennung des Halbtaxabonnements

Der Grosse Stadtrat genehmigt die Vorlage des Stadtrates vom 25. April 2006, die Anträge sowie den Tarif 2007 mit den von der SPK vorgeschlagenen Anpassungen in der Schlussabstimmung mit **42 : 0 Stimmen** wie folgt:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 25. April 2006 betreffend Preismassnahmen 2007 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen – Anerkennung des Halbtaxabonnements.
 2. Der Grosse Stadtrat stimmt den auf den 9. Dezember 2006 vorgesehenen Tarifierhöhungen der Verkehrsbetriebe mit erwarteten Mehreinnahmen von ungefähr Fr. 575'000.-- zu. Er genehmigt mit dem Tarif 2007 insbesondere auch die Anerkennung des Halbtaxabonnements.
 3. Gestützt auf Art. 11 Abs. 1 lit h der Stadtverfassung untersteht die Festlegung des Tarifs dem fakultativen Referendum.
-

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS) eröffnet die heutige Ratssitzung Nr. 9 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien, der Herren Thomas Jaquet, Zentralverwaltung und Christian Schneider, Stadtkanzlei sowie der Gäste auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN

Änderung in SPK Erneuerung der Kehrrechtsbehandlungsanlage KBA Hard in Beringen: Dieter Amsler (FDP) ersetzt Walter Hotz (FDP).

Die **Vertreterinnen der CVP** Marlies Besio und Theresia Derksen sind aus der Fraktionsgemeinschaft FDP/JFDP/CVP ausgetreten. Der von Alfons Cadario (EVP) vorbereitete neue Verteilschlüssel in den Kommissionen des GrSR wird vom Büro an seiner nächsten Sitzung geprüft und anschliessend den Mitgliedern des Grossen Stadtrates zur Kenntnisnahme verteilt.

Neu eingegangenes Geschäft:

VdSR Totalrevision der Feuerwehrverordnung und der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen der Stadt Schaffhausen vom 13.06.06. Das Büro wird an seiner nächsten Sitzung über die Zuweisung zur Vorberatung entscheiden.

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- VdSR Totalrevision der Feuerwehrverordnung und der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen der Stadt Schaffhausen vom 13.06.06
- Antrag der GPK hinsichtlich Leistungsauftrag/Globalbudget 2007 Stadtgärtnerei und Friedhofverwaltung vom 14.06.06. Dieser Antrag wird an entsprechender Stelle behandelt werden.
- Änderungen der SPK vom 16.06.06 zu VdSR Preismassnahmen 2007 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen - Anerkennung des Halbtaxabonnements (zu Traktandum 2)

Betreffend die fällige Antwort auf die **Kleine Anfrage Nr. 4/2006** von Stephan Schlatter (SVP): Schulhausbau Breite wie weiter? hat das Büro an seiner Sitzung vom 13.06.06 eine Fristverlängerung bis August 2006 beschlossen.

Der **Ratspräsident** verliest folgende **Mitteilung**, welche die Sitzung vom 06.06.06 Traktandum 1, Motion Martin Egger (FDP), Leistungsvereinbarung Stiftung für neue Kunst, betrifft:

„Wie Sie möglicherweise von Radio Munot oder auf anderen Wegen erfahren haben, wurden nachträglich Zweifel an der Richtigkeit des Abstimmungsresultates geäußert. Das Büro hat dazu an seiner Sitzung vom 13.06.06 wie folgt Stellung genommen:

Das Büro nimmt Kenntnis von Zweifeln am Abstimmungsresultat. Da aber während der Sitzung kein Einwand dagegen erhoben wurde, behält das im Ratsprotokoll festgehaltene Abstimmungsresultat seine Gültigkeit.

Grundlage für diesen Entscheid des Büros ist u.a. Art 98 des Gemeindegesetzes, wo im Abschnitt 6 die Rügepflicht geregelt ist.

Dort heisst es im Absatz 1: *Die Verletzung von Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften an der Gemeindeversammlung oder an Sitzungen anderer Gemeindeorgane ist sofort zu beanstanden.*

(Anmerkung der Redaktion: Der erwähnte Art. 98 steht im Gemeindegesetz des Kantons Bern, ist aber auch auf den Kanton Schaffhausen anwendbar).

Der Vollständigkeit halber sei auch noch erwähnt, dass nach Art. 127 des Gemeindegesetzes innert 20 Tagen beim Regierungsrat Beschwerde eingereicht werden kann. Eine weitere Möglichkeit wäre ein Antrag auf Neutraktandierung dieses Geschäftes, wobei dafür eine Zweidrittelmehrheit des Rates notwendig wäre.

Nun hoffe ich, dass damit die Sachlage genügend geklärt ist, und wir zur Tagesordnung übergehen können. “

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 8 vom 6. Juni 2006 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt und liegt bei der Ratssekretärin zur Einsicht auf.

Der **Ratpräsident** erteilt **Martin Egger (FDP)** wie folgt das Wort:

„Ich spreche zum Protokoll Nr. 8 vom 06.06.06, Deckblatt Seite 246 mit den An- und Abwesenheiten und Seite 270, Abstimmungsresultat über meine Motion.

Ich schicke voraus, dass das Protokoll inhaltlich dem Sitzungsverlauf entspricht und das Abstimmungsresultat inhaltlich auch mit dem verkündeten Resultat der Ratssitzung vom 06. Juni 2006 übereinstimmt.

Allerdings sind wir nach eingehender Prüfung des Abstimmungsresultates zur Überzeugung gelangt, dass die Zahl der abgegebenen Stimmen nicht mit den anwesenden Ratsmitgliedern übereinstimmen kann. Denn wäre das Abstimmungsresultat tatsächlich 21 : 20 gewesen, hätten sich 3 Ratsmitglieder der Stimme enthalten, nämlich zwei auf der Seite der Befürworter der Motion und eine auf der Gegenseite. Von beiden Ratshälften sowie weiteren Stellen wurde mir auf Anfrage bestätigt, dass es keine Enthaltungen gegeben habe. Damit kann mit grösster Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass das Abstimmungsresultat 22 : 22 Stimmen gelaute hätte, und der Stichentscheid des Ratspräsidenten nötig gewesen wäre. Beim Stichentscheid des Präsidenten ist ebenfalls mit grösster Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass er gegen die Überweisung der Motion gestimmt hätte. Somit hätte sich materiell am Abstimmungsausgang nichts geändert.

Sie können sich sicher gut vorstellen, dass ich – erlauben Sie mir, dass ich in Anbetracht der herrschenden Fussball-WM-Euphorie diesen Vergleich herbeiziehe – die Chance witterte, in der Nachspielzeit das Blatt doch noch zu Gunsten meiner Motion zu wenden. Ich setzte mich also am folgenden Tag mit dem Schiedsgericht in Verbindung und erkundigte mich beim Stadtschreiber nach den rechtlichen Möglichkeiten.

Ich danke dem Stadtschreiber für seine umfassenden Abklärungen. Gemäss seinen Auskünften sind die erwähnten Rechtsmittel die einzigen Möglichkeiten, gegen Entscheide des Grossen Stadtrates vorzugehen. Neben dem förmlichen Rechtsmittel der Beschwerde nach Gemeindegesetz besteht auch die Möglichkeit, mit einem Wiedererwägungsantrag Rückkommen auf das ganze Geschäft zu beantragen. Je nachdem, ob der Antrag auf der Traktandenliste aufgeführt ist, entscheidet der Rat mit einfacher Mehrheit über die Behandlung. Ist das Geschäft nicht traktandiert, so müsste die Wiedererwägung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder auf die Traktandenliste genommen werden.

So viel zu den Möglichkeiten über das weitere Vorgehen in einer bis anhin noch nie da gewesenen Ausgangslage.

Nach eingehenden Diskussionen in der Fraktion sowie einem Gespräch mit dem GPK- und dem Stadtpräsidenten bin ich zum Schluss gekommen, das Abstimmungsresultat nicht anzufechten.

Folgende 3 Gründe führten zu meinem Entscheid:

1. In der Ratsdiskussion vom 06.06.06 wurde wiederholt darauf hingewiesen,

dass es Sache des SR sei, die Leistungsvereinbarung mit den Hallenbetreibern abzuschliessen. Weiter liege es im Kompetenzbereich der GPK, diese inhaltlich zu überprüfen. Im Gespräch erläuterte mir der GPK-Präsident seine Vorstellungen, welche Leistungen seiner Meinung nach in der Vereinbarung definiert sein müssen. Dazu gehört unter anderem auch die Bezifferung des Betrages durch den Erlass des Mietzinses. Damit decken sich die inhaltlichen Vorstellungen des GPK-Präsidenten fast zu 100% mit meinen.

2. Der SR versicherte in seiner Stellungnahme vom 06.06.06 glaubhaft, dass er mit Bericht und Antrag an den GrSR gelangen werde, falls aus den Verhandlungen zum künftigen Leistungsauftrag weitere finanzrechtliche Konsequenzen resultieren. Zudem versprach mir der Stadtpräsident letzte Woche in einem Gespräch, einen Antrag an den SR zu stellen, um ein finanzrechtliches Gutachten in Auftrag zu geben. Das Gutachten soll Auskunft darüber geben, wie der Erlass eines Mietzinses auf einer Liegenschaft im Finanzvermögen finanzkompetenzrechtlich zu werten ist. Ich hoffe, der SR stimmt dem Antrag des Stadtpräsidenten zu, damit dieser strittige Punkt endlich abschliessend beantwortet werden kann.
3. Der SR erklärte in seiner Stellungnahme weiter, dass die Gespräche mit dem Kanton und den Hallenbetreibern im Gang sind. Er gehe davon aus, dass in den nächsten Wochen Signale seitens des Kantons bezüglich einer zusätzlichen Verbreiterung der Finanzbasis und einer zukünftigen Einbindung der Hallen für neue Kunst in eine Leistungsvereinbarung erfolgen werden. Wenn diese Signale in den nächsten Wochen vorliegen, dann dürfen wir zuversichtlich sein, dass bis zur Budgetdebatte 2007 die Leistungsvereinbarung unterzeichnet ist, und dann Transparenz im Bezug auf die durch die Stadt zu erbringenden Leistungen gegeben ist.

Da sich die Vorstellung der GPK mit meinen Vorstellungen über den Inhalt der Leistungsvereinbarung deckt, der SR auf die finanzrechtliche Komponente sensibilisiert ist und die Gespräche mit den Hallenbetreibern, dem Kanton und der Stadt vor dem baldigen Abschluss stehen, sind die Kernpunkte der Motion im Wesentlichen erfüllt. Aus diesen Gründen akzeptiere ich grundsätzlich den Ausgang der Abstimmung.

Da es aber ein Unterschied ist, ob der Grosse Stadtrat die Motion mit 21 : 20 Stimmen oder mit 23 : 22 Stimmen, mit Stichtscheid des Präsidenten, für nicht erheblich erklärt und die Öffentlichkeit zudem ein Recht hat, bei Unstimmigkeiten offen informiert zu werden, stelle ich zum Protokoll vom 06. Juni 2006 unter dem Abstimmungsergebnis folgende Ergänzung als Antrag:

Bei der Überprüfung des Protokolls hat sich herausgestellt, dass die Zahl der abgegebenen Stimmen nicht mit den anwesenden Ratsmitgliedern übereinstimmen kann. Der GrSR nimmt von einem möglichen Verfahrensfehler Kenntnis. Er beschliesst an der Sitzung vom 20. Juni 2006, den Ausgang der Abstimmung zu akzeptieren.

Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen, um damit die Unklarheiten, die im Anschluss an die Ratssitzung vom 06. Juni 2006 entstanden sind, abschliessend zu klären und die Unsicherheit in Bezug auf das Abstimmungsergebnis zu beseitigen. “

Peter Neukomm (SP):

„Wir haben soeben gehört, warum Martin Egger den Entscheid des Rates nicht angefochten hat, und zwar hat er dies inhaltlich begründet. Dabei entsprechen die angeführten Gründe genau denjenigen, die unsere Fraktion aufführte und weshalb die Motion nicht überwiesen werden soll. Die Anfechtung des Beschlusses könnte allerdings beliebig begründet werden, Du hättest gar keine Chance, weil die bereits vom Ratspräsidenten erläuterten gesetzlichen Grundlagen eingehalten werden müssen, und diese Tatsache musst Du akzeptieren. Du würdest daher mit jeder Begründung ins Abseits laufen. Dieses ganze Theater um die Abstimmung passt nämlich in die Entstehungsgeschichte dieser Vorstösse, die schon von Anfang an völlig quer lagen.“

Ich möchte den Gegenantrag stellen, dass keine Anmerkung in das Protokoll der letzten Ratssitzung gehört. Hätte man etwas ins Protokoll schreiben wollen, hätte man bereits *das letzte Mal* den entsprechenden Antrag stellen müssen. Es kann *heute* als persönliche Erklärung protokolliert werden, aber es gibt keine Protokollberichtigung, dass wir Kenntnis von einem falschen Resultat nehmen. Das „falsche Resultat“ ist nicht bewiesen und auch nicht beweisbar, somit gehört es nicht ins Protokoll. Im heutigen Protokoll wird Deine, beziehungsweise Eure Meinung aufgenommen. Für eine Protokollberichtigung der letzten Ratssitzung stelle ich jedoch Gegenantrag.“

Thomas Hauser (FDP):

„Ich bitte Martin Egger, den Antrag zurückzuziehen und als *persönliche Erklärung* ins Protokoll aufzunehmen. Der Vorschlag von Peter Neukomm erscheint mir sinnvoll.“

Urs Tanner (SP):

„Ich war krankheitshalber an der Ratssitzung vom 06.06.06 nicht anwesend und gehe davon aus, dass falsch gezählt wurde. Dies haben Recherchen ergeben. Ich denke, Sie haben einiges richtig ausgeführt, einiges wurde jedoch auch oberflächlich dargestellt. Das Büro kann das Geschäft nur unter *kumulativen* Voraussetzungen erneut traktandieren, nämlich, dass eindeutige Anhaltspunkte für einen schwerwiegenden Verfahrensfehler vorliegen und der Verfahrensfehler zu einem anderen Ergebnis hätte führen können und dass der Fehler an der Sitzung bei zumutbarer Aufmerksamkeit nicht erkennbar war. Diese drei Punkte sind sicherlich nicht erfüllt, vor allem nicht die letzten zwei. Wenn Sie jetzt aus einem Fehler Profit schlagen wollten, müssten Sie Wiedererwägung vorbringen, allerdings mit einer Zweidrittelmehrheit, was wiederum chancenlos erscheint. Die Spieluhr ist abgelaufen, und ich unterstütze die Kollegen Thomas Hauser und Peter Neukomm.“

Martin Egger (FDP):

„Ich weiss, dass ich mit einer persönlichen Erklärung, die eigentlich gar nicht in der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates verankert ist, „abgeklemmt“ worden wäre. Ich habe meine Gründe zum Verständnis aller darlegen können und schliesse anhand der Lacher darauf, dass wir uns über einen Fehler bei der Abstimmung einig sind. Ich gebe somit zu Protokoll, dass ich meinen Antrag zurückziehe.“

Der **Ratspräsident** hält fest, dass die Stellungnahme des Büros und die Stellungnahme von Martin Egger (FDP) sich decken und beides im heutigen Protokoll vermerkt wird.

Somit ist das **Protokoll der Ratssitzung Nr. 8 vom 06.06.06 genehmigt.**

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 Jahresrechnung 2005 der Einwohnergemeinde
Schaffhausen/Leistungsauftrag Pilotabteilungen
WoV/Geschäftsbericht 2005 des Stadtrates z.K.**

Dieses Geschäft wurde usanzgemäss in der GPK vorberaten.

Alfred Zollinger (SVP)**Sprecher der GPK**

„Unsere Stadt kann auf ein in finanzieller Hinsicht überaus erfreuliches Jahr zurückblicken. Die anziehende Konjunktur hat ihre ersten positiven Spuren hinterlassen. Aufgrund der jetzigen und prognostizierten Wirtschaftslage kann die Zukunft optimistisch betrachtet werden.

Die laufende Rechnung sowie das Gesamtergebnis konnten positiv abgeschlossen und gleichzeitig die ungedeckte Schuld um Fr. 5,5 Mio. auf Fr. 60,3 Mio. reduziert werden, das heisst die pro Kopf-Verschuldung ist damit von Fr. 1'962.18 auf Fr. 1'771.20 gesunken.

Die Rechnung 2005 weist bei Einnahmen von Fr. 203'965'993.09 und Ausgaben von Fr. 202'523'245.77 einen Ertragsüberschuss von Fr. 1'442'747.32 aus.

Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von Fr. 3'255'000.--.

Durch den Ertragsüberschuss erhöht sich der Saldo des Kapitalkontos auf Fr. 4'376'907.47. An und für sich eine schöne Zahl, die aber noch zu keinen ausserordentlichen Begehrlichkeiten Anlass geben darf. Bitte erinnern Sie sich beim *Budget 2007* an diese Aussage.

Beim Ertragsüberschuss ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass die Abschreibungen um total Fr. 5'914'000.--, wovon Fr. 1'120'000.-- auf Steuereingänge entfallen, erhöht werden konnten, was einer Abschreibungsquote von rund 14 % entspricht. Dieser Satz liegt über dem vom Gemeindegesetz vorgegebenen Satz von 10 %. Zusätzlich sind noch die Einlagen von je Fr. 200'000.-- in fünf Spezialfinanzierungen, gemäss Antrag 2 der Vorlage, zu berücksichtigen. Per Saldo ist die Rechnung 2005 der Stadt Schaffhausen viel besser als eine schwarze Null, die anlässlich der Behandlung des Budgets 2005 verlangt worden ist.

Erfreulich ist festzustellen, dass sich alle Kennzahlen gegenüber 2004 verbessert haben. Speziell ist dabei die Erhöhung des Selbstfinanzierungsgrades von 101,33 % auf 147,11 % zu erwähnen, obwohl die Bruttoinvestitionsquote von 10,66 % auf 11,95 % leicht zugenommen hat. An und für sich liegt die Bruttoinvestitionsquote immer noch tief. Als positiv ist aber festzustellen, dass sich diese beiden wichtigen Kennzahlen, erstmals seit dem Jahre 2000, gleichzeitig verbessert haben, was doch für die Zukunft einiges erhoffen lässt.

Dementsprechend haben auch die Selbstfinanzierungskraft von 7,42% auf 8,66% und der Belastbarkeitsanteil von 8,12% auf 9,02% zugenommen. Auch die Zinsbelastung hat sich verbessert, ist diese doch von 0,7 % auf 0,36 % gesunken,

was auf das tiefe Zinsniveau zurückzuführen ist. Mit grosser Wahrscheinlichkeit ist für die Rechnung 2006 mit einer Kehrtwende zu rechnen, haben doch in letzter Zeit die Zinssätze wieder angezogen.

Die Hauptgründe für den gegenüber dem Budget massgeblich verbesserten Abschluss sind einerseits zusätzliche Steuereinnahmen von rund Fr. 8 Mio., wovon ca. Fr. 6 Mio. auf höhere Zahlungen der juristischen Personen zurückzuführen sind, andererseits auf Einsparungen beim Personalaufwand von Fr. 2,2 Mio. und knapper Unterschreitung beim Sachaufwand.

Dadurch konnten auch die Nettoausgaben der Sozialhilfekosten, die im Berichtsjahr gegenüber dem Budget um rund Fr. 1'255'000.-- höher ausgefallen sind, verkraftet werden. Es ist zu hoffen, dass die gute Konjunktur mithilft, zukünftig diese Ausgaben zu reduzieren, mindestens jedoch zu stabilisieren.

Die Analyse der Budgetabweichungen kann der *Seite XXIV der Vorlage* entnommen werden, weshalb ich auf weitere Aufzählungen verzichte.

Auch die vier WoV-Pilotabteilungen haben kostenbewusst gearbeitet, einmal mehr sehr gute Leistungen erbracht, was sich in der Jahresrechnung mit der Einlage in die entsprechenden Fonds der einzelnen Abteilungen im Gesamtbetrag von Fr. 128'000.-- niederschlägt.

Die vereinbarten Leistungsziele wurden grösstenteils erreicht, die Soll/Ist-Vergleiche sind im separaten Jahresbericht bei den einzelnen Leistungszeilen ersichtlich und kommentiert. Bei allen Pilotabteilungen sind die Abteilungsergebnisse besser als budgetiert. Kumuliert erreichen sie einen um 4 % besseren Kostendeckungsgrad als budgetiert.

Die GPK ist am 12. April 2006 mit 7 : 0 Stimmen, also einstimmig, auf die Rechnung 2005 eingetreten.

Zwei Gruppen wurden wiederum gebildet, die je einen Fragenkatalog zuhanden des Stadtrates zusammenstellten. Usanzgemäss gehörte der Sprechende beiden Gruppen an. Als Schwerpunkt im Zusammenhang mit der Rechnung 2005 wurde der Stellenplan bestimmt, der in nächster Zeit in Angriff genommen wird.

Am 24. Mai 2006 fand dann die erste Sitzung hinsichtlich Fragenbeantwortung statt. Die sogenannte „Elefantenrunde“ wurde am 7. Juni 2006 durchgeführt.

Alle Fragen konnten durch Frau Stadträtin Veronika Heller, den Stadtpräsidenten und die übrigen Stadträte, Frau Johanna Theiler von der Zentralverwaltung, Herrn Alfred Stamm von der FIKO sowie Herrn Werner Bianchi vom Controlling zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet werden.

Dazwischen fand am 1. Juni 2006 die Besprechung der Leistungsaufträge der WoV-Pilotabteilungen mit allen Abteilungsleitern, Frau Stadträtin Veronika Heller und dem Controller, Herrn Werner Bianchi, statt, die ebenfalls zur Zufriedenheit aller abgeschlossen werden konnte.

In der Schlussabstimmung, am 7. Juni 2006, hat die GPK einstimmig, mit 7: 0 Stimmen, den drei Anträgen des Stadtrates, siehe Seite XXV der Vorlage, zugestimmt, das heisst die Jahresrechnung 2005 der Einwohnergemeinde

Schaffhausen, die 5 Einlagen à je Fr. 200'000.-- an die aufgeführten Spezialfinanzierungen sowie die Erhöhung der Defizitdeckung von Fr. 78'000.-- an die KSS zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet.

Mit dem gleichen Resultat, 7 : 0 Stimmen, wurden auch die Leistungsaufträge der 4 WoV-Pilotabteilungen gutgeheissen.

In der Zwischenzeit habe ich noch den Brief der Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen, datiert 16. Juni 2006, erhalten, dessen Inhalt ich wie folgt zitiere:

Brief FIKO:

Die Finanzkontrolle führt gegenwärtig die Prüfung der Jahresrechnung 2005 durch und steht kurz vor deren Abschluss.

Die Prüfung der Jahresrechnung 2005 unterscheidet sich im Vergleich zu den Prüfungen der Vorjahre durch die zusätzliche Anwendung von Risiko- und Wesentlichkeitsanalysen. Die Einführung und Anwendung dieser Instrumente hat zu einem erhöhten Zeitaufwand geführt. Gegenwärtig ist noch die Prüfung des separaten Bereichs der Steuern in Arbeit. Die Revision der Verkehrsbetriebe Schaffhausen VBSH und damit die Prüfung der Beiträge der Stadt an die VBSH wurden ebenfalls begonnen.

Auf Grundlage der Wesentlichkeit wurde für die zu prüfenden Buchungen der Laufenden Rechnung (gesamthaft 79'899 Buchungen) eine Betragshöhe von Fr. 200'000.00 festgelegt. Daraus resultierten 626 zu prüfende Buchungen (386 Eingangs- und 240 Ausgangsbuchungen). Diese Prüfungen sind ebenfalls überwiegend abgeschlossen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt unserer Prüfungstätigkeit gibt es keine Einwände gegen eine Abnahme der Jahresrechnung 2005 der Einwohnergemeinde Schaffhausen durch den Grossen Stadtrat. Nimmt der Grosse Stadtrat noch Änderungen der Jahresrechnung 2005 vor, so werden wir unsere Prüfungen entsprechend anpassen. Nach Fertigstellung des Revisionsberichts und dessen Kenntnisnahme durch den Stadtrat wird dem GPK-Präsidenten eine Kopie des Berichts zugestellt werden.

Zusätzlich stellt Ihnen die GPK die nachfolgenden **zwei Anträge**:

1. Im Auftrage Controllerdienst bzw. Stadtrat

Antrag für Einstellung von Pilotversuchen per 31. Dez. 2006 für das Altersheim Steig, das Stadtarchiv und die Steuerverwaltung gemäss Beschluss des Stadtrates vom 9. Mai 2006.

Dieser Entscheid basiert auf der am 10. Januar 2006 im Grossen Stadtrat geführten Diskussion zu „WoV, wie weiter?“ und im Hinblick auf eine anstehende Vorlage des Stadtrates „Einführung WoV-Versuchsbetrieb gemäss Artikel 31a des Finanzhaushaltgesetzes und nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen“.

Die entsprechenden Unterlagen haben Sie bereits erhalten, woraus Sie die Überlegungen, die zu diesem Antrag führten, entnehmen konnten.

2. Der **Antrag** hinsichtlich Leistungsauftrag/Globalbudget 2007 der Stadtgärtnerei und Friedhofverwaltung lautet wie folgt:

Die Stadtgärtnerei wird beauftragt, für den WoV-Voranschlag 2007 ein Leistungsziel zur Bereitstellung einer aus betrieblicher Sicht sinnvollen Anzahl Arbeitsplätze für leistungsbeeinträchtigte Personen aufzunehmen und die Auswirkungen aufzuzeigen.

Das entsprechende Papier liegt heute an Ihren Plätzen auf. Damit beauftragen wir die Stadtgärtnerei, für das Budget 2007 ein neues Leistungsziel aufzunehmen und zugleich dessen Auswirkung aufzuzeigen. Anlässlich der Budgetberatung 2007 wird die vorgelegte Lösung nochmals besprochen und definitiv über deren Konsequenzen entschieden werden.

Die GPK bittet Sie, sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen, *beiden Anträgen* zuzustimmen.

Zum Schluss danke ich allen Beteiligten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Schaffhausen, allen WoV-Abteilungsleitern, dem Controller, der Finanzkontrolle, der Zentralverwaltung, der Finanzreferentin sowie den Herren Stadträte für die geleistete Arbeit sehr herzlich. Speziell will ich darin unsere Ratssekretärin, Frau Gaby Behring, sowie meine GPK Kolleginnen und –kollegen einschliessen. Und last but not least geht ein herzlicher Dank an Frau Ursula Peter, Controlling, die anlässlich der Elefantenrunde kurzfristig für die erkrankte Gaby Behring einspringen musste und das Protokoll erstellen durfte.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen, treten Sie auf die Rechnung 2005 sowie die Jahresberichte der 4 WoV-Pilotabteilungen ein und stimmen Sie allen gestellten GPK-Anträgen zu, wofür Ihnen die GPK im Voraus dankt.

Fraktionserklärung SVP/JSVP/EDU

Die Fraktion SVP/JSVP/EDU wird auf die Rechnung 2005 sowie die Leistungsaufträge der vier WoV-Pilotabteilungen eintreten und ihnen sowie den weiteren von der GPK gestellten Anträgen zustimmen.

Erfreut haben wir vom besseren Ergebnis gegenüber dem Budget Kenntnis genommen, wofür wir allen Beteiligten bestens danken. Dass die Rechnung 2005 vor allem dank höherer Steuereingänge der juristischen Personen besser als budgetiert ausfallen wird, war bereits vor der Behandlung des Budgets 2006 bekannt, obwohl sich die Finanzreferentin in grossem Schweigen übte. Wir erwarten deshalb, dass in Zukunft der Trend einer Jahresrechnung jeweils vor Behandlung des Budgets bekannt gegeben wird, wie bereits in der Motion von Erwin Sutter (EDU) gefordert.

Frau Stadträtin, offene Information bringt bekanntlich mehr, als sich hinter dem Gartenzaun zu verstecken.

Wenn nun knapp Fr. 4,4 Mio. im Kapitalkonto liegen, darf das trotzdem keine Nice to have-Begehrlichkeiten auslösen. Denn dafür haben wir immer noch zuwenig Mittel, was auch für Projekte mit Präjudiz für weitere, gleichgesinnte Anliegen Gültigkeit hat.

Wir machen bewusst darauf aufmerksam, dass wir auch in diesem Jahr bereits verschiedene Vorlagen mit jährlichen Folgekosten verabschiedet haben, und dafür

stellt sich immer die gleiche Frage: „Wie, beziehungsweise womit können diese Mehrausgaben kompensiert werden?“. In der Detailberatung werden wir allenfalls noch Fragen stellen.

Wenn alles rund läuft, wird die Stadt dieses Jahr aus dem Goldmillionen-Eingang beim Kanton ungefähr Fr. 8 Mio. erhalten. Dieser Betrag muss für den Schuldenabbau verwendet werden. Denn weniger Schuldzinsen ermöglichen nämlich notwendige Investitionen, und weniger Schulden verbessern das Rating für allfällige zukünftige Geldaufnahmen.

Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass im nächsten Budget auch eine Steuerfussreduktion eingeschlossen ist. “

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

„Ich kann es gleich vorwegnehmen: Die OeBS/EVP-Fraktion wird auf die Rechnung 2005 eintreten, ihr in der vorliegenden Form auch zustimmen und den gestellten Anträgen ebenfalls zustimmen. Allerdings behalten wir uns vor, zu einzelnen Punkten, zum Beispiel zum WoV-Beschluss, in der Detailberatung noch Fragen zu stellen.“

Die Details zur Rechnung hat der Präsident der GPK ausführlich geschildert. An dieser Stelle danke ich dem Stadtrat und der Verwaltung für die ausführlichen Antworten, die wir auf unsere Fragen erhalten haben und für den Einsatz, den sie das ganze Jahr zugunsten unserer Stadt leisten.

Natürlich ist unsere Fraktion froh, dass die Rechnung 2005 so gut abschliesst. Doch ist noch vieles zu tun, bis die Stadt wirklich auf Erfolgskurs ist. Das gute Resultat kam nicht zuletzt auch deshalb zu Stande, weil die Personalkosten fast 2 Millionen tiefer sind als budgetiert. Das Personal, das mit seinen guten Leistungen, zusätzlichem Einsatz und seinem verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern dieses Resultat mitverantwortet, hat es verdient, dass man bei Diskussionen um Lohn, Ferien usw. diese Bemühungen auch wirklich honoriert und nicht nur Lippenbekenntnisse von sich gibt.

Ich habe mir im Zusammenhang mit der Rechnung einmal die Mühe gemacht, andere Zahlen ein wenig genauer anzusehen, als nur die einzelnen Konten. In den Schulen sind zum Beispiel die Lohnkosten ebenfalls wieder gesunken. Der Grund dafür muss uns aber nachdenklich stimmen und zu entsprechenden Taten sowie Beschlüssen animieren. Seit 1995 ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Kindergarten in der Stadt um 18% oder um über 200 gesunken. Im gleichen Zeitraum hat die entsprechende Schülerzahl im Kanton sogar um 25% abgenommen. Auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler an der Primarschule sinkt stetig, von 1995 bis 2005 in der Stadt um 12%. Entweder wird dieser Trend nun endlich ernst genommen oder wir organisieren einen WoV-Betrieb: Altersresidenz nördlich des Rheins. Verpuffen wir also nicht alles, was wir gewonnen haben, mit unkoordinierten Steuersenkungen, sondern investieren wir in Familien, damit Schaffhausen auch in Zukunft eine *blühende* Region nördlich des Rheins bleibt. “

Walter Hotz (FDP)

FDP/JFDP-Fraktionserklärung

„Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

Es wundert Sie vielleicht, oder auch nicht, dass ich diese Anrede gewählt habe. Aber dass wir heute über eine im Grossen und Ganzen erfreuliche Jahresrechnung 2005 beraten können, verdanken wir hauptsächlich den Steuerzahlern, die zu diesem guten Resultat beigetragen haben. Also auch die grossen und kleinen Betriebe, die wir als juristische Personen benennen. Es ist nicht so, dass die Stadt Schaffhausen immer weniger Geld bekommt. Im Gegenteil: Die Stadt bekommt dauernd mehr.

Den grossen Anteil der Mehreinnahmen können wir, wie gesagt, den juristischen Personen verdanken. In Franken sind dies gegenüber der Rechnung 2004 ungefähr 3,5 Mio. Für mich ist es deshalb von grosser Wichtigkeit, dass die Verantwortlichen unserer Stadt eine städtische Wirtschaftspolitik zum Ziel haben, damit eine langfristige Sicherung von Wohlfahrt, Lebensqualität und angemessenem Wohlstand der Bevölkerung gewährleistet ist. Der Stadtrat muss in der Zukunft vermehrt seine aktiven Bemühungen für eine attraktive, wirtschaftsfreundliche Stadt einer breiten Öffentlichkeit, nationalen, internationalen Investoren publik machen. Frau Stadträtin Herren Stadträte, verlassen Sie sich nicht nur auf den Kanton. Werden Sie selber aktiver. Wenn wir nämlich vermehrt Betriebe in der Stadt ansiedeln können (ich denke vor allem an Produktionsfirmen und an den Stand wie vor rund 15 Jahren) so werden wir das heutige finanzielle Niveau halten oder sogar ausbauen können.

Dazu gehört natürlich auch, dass Sie weiterhin die Ausgaben hinterfragen, und diese reduziert werden. Ich habe in diesem Rat schon einmal darauf hingewiesen, dass der Personalaufwand (in der Rechnung 2005 bereits bei rund Fr. 83 Mio.) immer näher an die Zahl der Steuereinnahmen (in der Rechnung ungefähr Fr. 111 Mio.) rückt. Es ist jetzt gerade Pflicht, dass der Controllerdienst Wege aufzeigt, wie in Zukunft die Personalkosten gesenkt werden können. Es genügt nicht, wenn man die Erkenntnis hat, dass WoV keine finanziellen Einsparungen bringen wird und jetzt vorschlägt, nur noch die Stadtgärtnerei als WoV Betrieb weiter zu führen. Alle verwaltungsbetrieblichen Abläufe müssen noch intensiver hinterfragt werden. Denken Sie nur an den Bericht des Stadtrates vom 6. Juli 1999 mit dem Titel „Reorganisation Hochbauamt/Baureferat“, in dem die Organisationsstruktur des Hochbauamtes gründlich zu hinterfragen und eine Umorganisation vorzunehmen sei. Das war vor sage und schreibe 7 Jahren.

Es gibt jedoch auch Abteilungen, die sich der Situation voll bewusst sind und auch Taten folgen liessen. Ich denke hier an die städtische Steuerverwaltung. Die städtische Steuerverwaltung hat per 01.01.06 ein Sollstellenprozent von 1600, jedoch sind nur deren 1270 auch besetzt. Der Rest wurde durch ordentliche Abgänge ohne Wiederbesetzung eingespart. Dies schlägt sich somit schlagartig in der Lohnsumme nieder (Budget 2005: Fr. 1'367'000.--, Rechnung 2005 Fr. 1'224'000.--). Für mich ist das ein Beweis, dass ohne Abbau des Service Public Kosteneinsparungen nach wie vor möglich sind.

Erlauben Sie mir noch ein paar Worte zur Zentralisierung des Steuerbereiches an den Kanton. Dem Stadtrat lege ich sehr ans Herz, gerade diesen Bereich nicht an den Kanton abzugeben. Denn eine Fusion, beziehungsweise eine Zentralisierung mit dem Kanton darf auf keinem Fall ein Rückschritt sein. Der Verantwortliche im Steuerbereich hat bewiesen, dass dank Neuerungen und Reorganisation seiner Verwaltung der Service Public für unsere Bewohnerinnen und Bewohner und auch die Finanzen, wie die Stellenprozente aufgeigen, verbessert wurden.

Es wäre nämlich auch an der Zeit, dass die vom Kanton belegte Bürofläche kritisch überprüft wird. Bauten im Wald, wie das mit der Neunutzung des Waldhauses

geplant ist, als auch die Rodung von Wald für Parkplätze sind doch ernsthaft zu hinterfragen.

Rennen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Stadträtin und Herren Stadträte nicht jedem "sh.auf-Team" und anderen hinterher. Ich möchte nämlich nicht in einem Protokoll einmal lesen müssen, dass das 35-köpfige städtische Parlament im Zusammenhang der Steuern ins Protokoll schreibt: *Das kantonale Zentralkomitee hat entschieden, wir müssen uns fügen.* Zum Glück ist es heute noch nicht soweit.

Ich wünsche mir einen selbstsicheren Stadtrat, der von einer starken Position aus, seine Aufgaben erfüllt. Mit dieser Rechnung 2005 können Sie und die städtischen Mitarbeiter zufrieden sein. Meine Fraktionskolleginnen und -kollegen und ich danken Ihnen allen für Ihren Einsatz.

Für die Zukunft erwarten wir jedoch, dass sie es fertig bringen, mit schwarzen Zahlen zu budgetieren und die Steuern zu senken. Denn nur aus einer starken finanziellen Position heraus können Sie sich gegen Forderungen und Begehrlichkeiten des Kantons und Anderer schützen. Und glauben Sie mir, es wird für Sie auch einfacher sein, Investoren in unserer Stadt zur Neuansiedlung zu gewinnen. Falls nötig, ziehen Sie sich für Ihre Klausuren in ein Kloster oder an einen anderen Ort zurück. Erweitern Sie ihren politischen Vierjahreshorizont, und denken Sie an die kommenden Generationen. Vergessen Sie nie, dass alles, was Sie planen, auch finanzierbar sein muss. Immer mit dem Ziel, weniger kann auch mehr sein.

Der GPK-Präsident hat Sie ausführlich über die Rechnung 2005 informiert. Ihm sei dafür gedankt, wie auch meinen GPK-Kolleginnen und -kollegen für die angenehme Zusammenarbeit. Meine Fraktion wird auf die Rechnung 2005 eintreten und ihr auch zustimmen. "

Kurt Zubler (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Ich mochte mich kurz halten und schliesse mich allen Dankesreden meiner Vorredner an. Wir haben sehr interessante und spannende Diskussionen geführt, vor allem die Gespräche bezüglich WoV bleiben mir als sehr anregend in Erinnerung. Es war vor allem dort ein markanter Unterschied bezüglich Gesprächsinhalte spürbar. Haben wir uns bei der Rechnungsdebatte selbst über vierstellige Rechnungsbeträge mit dreistelligen Abweichungen unterhalten, war in der WoV-Debatte ein ganz anderer Ton angesagt, der auch zum vorliegenden und heute zur Abstimmung stehenden Antrag geführt hat.

Ich möchte festhalten, dass die SP/AL-Fraktion den Äusserungen von Rainer Schmidig voll und ganz zustimmen kann. Ich wiederhole daher unsere praktisch identische Haltung hier nicht. Es ist ein guter, aber kein Jahrhundertabschluss - aber vielleicht kommt der ja das nächste Jahr im Hinblick auf die Verteilung der Gold-Millionen. Der gute Jahresabschluss verbessert die Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Verhalten mit Investitionen und Entwicklungen in eine familienfreundliche Richtung, welche wir uns nicht mit Steuersenkungen verbauen sollten.

Die SP/AL-Fraktion wird der Jahresrechnung 2005 und den Anträgen der GPK zustimmen. "

Theresia Derksen (CVP)

Votum

"In der vorliegenden Rechnung 2005 sind die Kennzahlen gegenüber dem Vorjahr positiver ausgefallen, und wir danken allen Beteiligten, die das Ihre dazu beigetragen haben.

Bereits bei der Debatte um das Budget 2005 habe ich angemerkt, dass die Steuereinnahmen viel zu tief budgetiert worden seien. Sie sind nun sogar höher ausgefallen, als wir es uns vorgestellt hatten. Wir anerkennen aber auch die Sparbemühungen im Personalbereich und beim Sachaufwand.

Somit gibt es für uns keinen Grund, auf die Rechnung 2005 nicht einzutreten oder ihr nicht zuzustimmen. Wir sind auch nicht gegen die Einlagen für die Spezialfinanzierungen und stimmen ebenfalls der Erhöhung des Beitrages an die KSS zu, weil die Zahlen der Betriebsrechnung unseres Erachtens auf gewisse Sparbemühungen schliessen lassen.

Beim Antrag zur Einstellung der drei WoV-Pilotabteilungen Altersheim Steig, Stadtarchiv und Steuerverwaltung stellt sich die Frage, wie die Chancen stehen, dass diese Abteilungen tatsächlich je definitiv nach WoV-Prinzipien geführt werden können. Wann die geplante Anpassung von Artikel 31a des Finanzhaushaltgesetzes erfolgen wird, der für die Gemeinden die Rechtsgrundlage schaffen soll, um eine definitive Einführung für alle Organisationseinheiten zu ermöglichen, ist ungewiss. Deshalb wäre vom Stadtrat noch zu begründen, warum und ob per Ende 2006 eine Fondszuweisung noch angebracht ist, obwohl es im WoV-Reglement von 1998 so vorgesehen ist.

Der Antrag der GPK hinsichtlich Leistungsauftrag/Globalbudget 07, Stadtgärtnerei und Friedhofverwaltung, ein Leistungsziel zur Bereitstellung einer aus betrieblicher Sicht sinnvolle Anzahl Arbeitsplätze für leistungsbeeinträchtigte Personen aufzunehmen, finden wir einen guten Vorschlag und wir freuen uns darüber. "

Edgar Mittler (FDP)

Votum

"Ich möchte hier festhalten, dass die Aussagen von Walter Hotz seine eigene Meinung zur Zentralisierung des Steuerwesens sind, jedoch ganz und gar nicht der Meinung der FDP-Fraktion entsprechen. "

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und erteilt das Wort der Finanzreferentin SR Veronika Heller.

SR Veronika Heller

Stellungnahme

"Wir schliessen heute, so hoffe ich wenigstens, eine Jahresrechnung ab, die mit einem Referendum gestartet ist und erst am 27. Februar 2005 vom Volk genehmigt werden konnte.

Der Stadtrat freut sich deshalb umso mehr, dass das Resultat schliesslich besser ist, als es die Budgetannahmen seinerzeit waren.

Sie haben alle relevanten Zahlen einerseits in der Botschaft des Stadtrates vom 11. April 2006 erhalten, und andererseits wurden diese heute Abend bereits mehrfach erwähnt. Ich verzichte deshalb weitgehend auf Wiederholungen.

Hervorheben möchte ich allerdings, dass es 2005 gelungen ist, nicht nur die Laufende Rechnung positiv abzuschliessen und damit das Eigenkapitalkonto auf immer noch bescheidene Fr. 4,4 Mio. zu erhöhen. Auch die Gesamtrechnung fällt mit Fr. 5,4 Mio. sehr positiv aus. Damit konnten alle Investitionen 2005 aus eigener Kraft finanziert werden. Die festen Schulden bleiben konstant und sind Fr. 1 Mio. geringer als noch Ende 2004. Die ungedeckte Schuld konnte massgeblich, nämlich um rund 10% gesenkt werden.

Der Personalaufwand ist mit minus Fr. 2,2 Mio. wesentlich tiefer als budgetiert, und beim Sachaufwand wurde das Budgetziel leicht unterboten, nämlich um fast Fr. 300'000.--.

Das Gesamtergebnis, das in aller Bescheidenheit als zufriedenstellend bezeichnet werden darf, ist vor allem auf die höheren Steuereinnahmen der juristischen Personen zurückzuführen. Zudem sind rund Fr. 1,2 Mio. an Buchgewinnen (Verkauf SIG-Aktien und diverse Liegenschaften) zu verzeichnen.

Dies erlaubte es auch, Abschreibungen zu tätigen, die über dem gesetzlich vorgeschriebenen Minimum liegen.

Die vier WoV-Pilotabteilungen haben die vereinbarten Leistungsziele grösstenteils erreicht. Die Berichterstattung finden Sie ebenfalls in der Botschaft des Stadtrates vom 11. April 2006, aber auch in den separaten Berichten der WoV-Abteilungen. Die von der CVP-Vertreterin gestellte Frage wird vom Stadtpräsidenten Marcel Wenger als Leiter des WoV-Steuerungsausschusses beantwortet werden.

Die Beratungen in der GPK waren diesen Frühling geprägt von Sachlichkeit. Deshalb geht der Dank des Stadtrates an den Präsidenten dieser Fachkommission ebenso wie an alle Mitglieder.

Zu danken ist aber auch allen Mitarbeitenden, die im Laufe des Jahres wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Budgetziele nicht nur erreicht, sondern übertroffen oder unterboten wurden, je nachdem, welche "Seite" im Vordergrund steht. Nach meinen Erfahrungen hat das Kostenbewusstsein eindeutig zugenommen. Zudem hat sich im Laufe des vergangenen Jahres auch gezeigt, dass die neue Organisation mit den Bereichsleitungen ein weiser Entscheid war. Die neuen Strukturen sind auf dem besten Weg, sich zu bewähren. Zudem wird sich der Stadtrat weiterhin bemühen, haushälterisch mit den Mitteln umzugehen. Geht es der Wirtschaft weiterhin gut und hält das zur Zeit prognostizierte Hoch eine gewisse Zeit an, so wäre es vor allem nötig, nebst den zukunftssträchtigen Investitionen und einer allfällig behutsamen Entlastung bei den Steuern, die Schulden weiter abzubauen, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Denn schlechte Zeiten kommen immer wieder, darauf kann man sich verlassen.

Mit den Vorgaben für das Budget 2007, die Ihnen der Stadtrat unterbreiten wird, können Sie sich dann im Herbst bei anderen Temperaturen auseinandersetzen. Der SR wird Ihnen das Budget so präsentieren, wie er meint, er könne es verantworten. Wenn Sie dann anderer Meinung sind, müssen Sie dafür aber auch die Verantwortung übernehmen. Darüber können wir uns im Herbst ausführlich unterhalten.

Zu den von verschiedenen Rednerinnen und Rednern gefallenem Bemerkungen möchte ich am Anfang etwas herausheben: Der Präsident der GPK hat erwähnt,

dass das Eigenkapital eine schöne Zahl sei, gebe aber keinen Anlass zu Begehrlichkeiten. Dies kann ich nur unterschreiben, verglichen mit der Grösse unseres Haushaltes sind die Fr. 4 Mio. zwar gewissermassen beruhigend, aber man kann damit keine höheren Sprünge machen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass 1997 die Steuereinnahmen plötzlich 7 Mio. tiefer ausfielen, was dann auch aufgefangen werden musste.

Der gleiche Redner ist in seiner Funktion als Fraktionssprecher erneut auf die Information des SR im Allgemeinen und auf meine Information im Besonderen im Zusammenhang mit dem Budget 05 zurückgekommen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der SR das, was er wusste, in der Botschaft zum Budget publiziert hatte. Kurz vor der Budgetdebatte im Parlament bestätigte eine Rückfrage beim kantonalen Steuerbüro, dass kein Anlass bestehe, etwas an der abgegebenen Information zu ändern. So kann es gehen, wenn man auf die Auskünfte der kantonalen Steuerverwaltung angewiesen ist. Diese können zwar weitergegeben werden, aber werten oder gewichten kann man die erhaltenen Informationen keineswegs. Im Dezember 2004 wusste man einfach weniger wie heute. Dies hat ziemlich viel mit dem Lauf der Dinge zu tun.

Zu Walter Hotz möchte ich Folgendes sagen: Bei der Wirtschaftspolitik hat sich der SR in den letzten Jahren tatsächlich angestrengt. Heute Morgen haben wir zwei sehr erfreuliche Baugesuche verabschieden können, die am Freitag im Amtsblatt publiziert werden. Die Vorarbeiten dafür waren auch nicht gratis, und zwar nicht nur im finanziellen Sinn, sondern auch im Sinne der Anstrengungen, damit dies überhaupt möglich wurde. Wir werden bei allen Fragen am Ball bleiben, auch bei denen, die den einen oder anderen weniger passen und versuchen, für die Stadt das Beste zu machen. Dass die Meinung von Walter Hotz bezüglich Zentralisierung des Steuerwesens nicht unbedingt derjenigen der restlichen Fraktion entspricht, ist nichts Neues. Ich kann Ihnen einfach versichern, dass Sie in den nächsten Wochen noch einige Überraschungen in diesem Zusammenhang erleben werden, und ich werde heute Abend nicht alles ausplaudern.

Namens des Stadtrates beantrage Ihnen, auf die Jahresrechnung 2005 einzutreten und die gestellten Anträge, auch diejenigen der GPK, zu genehmigen. Ich hoffe, dies sei möglich, bevor spätestens um 21.00 Uhr die meisten von Ihnen wieder vom Fussballfieber gepackt werden. “

Marcel Wenger

Stellungnahme Stadtpräsident

”Ich möchte die von Theresia Derksen gestellte Frage ganz präzise beantworten, leider kann ich dies zur Zeit aber nicht. Ich weiss nur, dass sich der Kanton bemüht, die Änderung zu Art. 31 des Finanzhaushaltgesetzes in dieser Legislatur nochmals zu behandeln und je nach Entwicklung der Volksabstimmung zuzuführen.

Wir müssen allerdings davon ausgehen, dass die WoV-Vorlage, die Sie im Laufe der Sommerferien erhalten werden, auf den 8 WoV-Betrieben, die sich aufgrund der im Grossen Stadtrat entwickelten Kriterien herauskristallisiert haben, basieren wird. Der SR setzt sich für die Beibehaltung der Fondszuweisungen auch für die nicht mehr als WoV-Pilotbetriebe definierten Abteilungen ein, und die Fondsrückstellungen sollen über mehrere Jahre Bestand haben, damit wenn WoV erneut “aufgestartet” wird, die Verfügbarkeit der in der Vergangenheit erarbeiteten Fondsmittel gewährleistet wird. Die WoV-Pilotabteilungen haben gute Arbeit geleistet und diese Entscheidung entspricht nach Meinung des Stadtrates dem Gerechtigkeitsprinzip.

Es wird Gegenstand der Vorlage sein, welche 8 Betriebe vorgeschlagen werden, die am 12.07.06 im Steuerungsausschuss in einer letzten Lesung bereinigt wird. Anschliessend erfolgt die Verhandlung im Stadtrat und die Präsentation im Grossen Stadtrat ist nach den Sommerferien geplant. Wir werden Ihnen eine, beziehungsweise 2 Informationssitzungen zu dieser Vorlage empfehlen, da es sich um eine sehr komplexe Ausgangslage handelt, die wir dem Grossen Stadtrat entsprechend umfassend erklären möchten. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG LEISTUNGS-AUFTRAG PILOTABTEILUNGEN WoV-JAHRESBERICHT 2005

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)** verliest die Seiten 07 - 55.

Es erfolgen keine **Wortmeldungen** und der Rat stimmt an dieser Stelle wie folgt über die vom GPK-Präsidenten kommentierten **Anträge** ab:

ANTRÄGE DES STADTRATES:

1. Die Pilotbetriebe für das Altersheim Steig, das Stadtarchiv und die Steuerverwaltung werden mit dem Jahresbericht 2006 beendet und mit dem Voranschlag 2007 in das traditionelle System zurückgeführt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Fondszuweisungen gemäss WoV-Reglement vom 27. Oktober 1998 für diese drei Pilotabteilungen erfolgen letztmals mit dem Abschluss per 31. Dezember 2006.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Die Stadtgärtnerei erstellt den Voranschlag 2007 nochmals nach den Grundsätzen der Pilotabteilungen (Leistungsauftrag mit Globalbudget für bisherige Produktgruppen Gärtnerei und Bestattungen/Friedhöfe). Über die Überführung des gesamten Bereiches Stadtgärtnerei in den WoV-Versuchsbetrieb entscheidet das Parlament im Rahmen der vom Stadtrat angekündigten WoV-Vorlage.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Der **Ratspräsident** verzichtet angesichts der Einigkeit auf eine Schlussabstimmung.

ANTRAG DER GPK:

Die Stadtgärtnerei wird beauftragt, für den WoV-Voranschlag 2007 ein Leistungsziel zur Bereitstellung einer aus betrieblicher Sicht sinnvollen Anzahl Arbeitsplätze für leistungsbeeinträchtigte Personen aufzunehmen und die Auswirkungen aufzuzeigen.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Der **Ratspräsident** hält fest, dass somit auch dieser Antrag genehmigt ist.

DETAILBERATUNG JAHRESRECHNUNG 2005 DER EINWOHNERGEMEINDE SCHAFFHAUSEN

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)** verliest seitenweise die Jahresrechnung wie folgt:

IV. Laufende Rechnung, Seiten 17 - 108

Wortmeldungen

Ernst Spengler (SVP)

Seite 20, 0201 Steuerverwaltung

„Der Nettoaufwand der Steuerverwaltung für das Rechnungsjahr 2005 beträgt Fr. 1'112'279.--. In seiner Vorlage zur Neuorganisation des Steuerwesens schreibt der Regierungsrat Folgendes:

Als Folge der alleinigen sachlichen Zuständigkeit des Kantons für das Steuerwesen trägt der Kanton auch die Kosten alleine.

Dies bedeutet im Klartext: Bei einer Zentralisierung der Steuerverwaltung haben die Gemeinden dem Kanton keine Einzugsprovision für den Einzug der Gemeindesteuern zu entrichten. Für die Stadt heisst dies: Die Aufhebung der kommunalen Steuerverwaltung bringt ein jährlich wiederkehrendes Einsparungspotenzial von gegen Fr. 1,2 Mio. Ein weiterer Pluspunkt besteht in der Möglichkeit, die Stadtratspensen neu aufzuteilen und die Halbämter etwas zu entlasten. Und das Dritte: Die freiwerdenden Räumlichkeiten im Stadthaus böten Gelegenheit, einen Schritt in Richtung Zentralisierung der Stadtverwaltung zu tun.

Wir haben mehrmals das Jammerlied von der Kostenverlegung vom Bund über die Kantone auf die Gemeinden gehört. Es ist unverständlich, dass man sich quer stellt, wenn dieser Zug einmal den Rückwärtsgang einschaltet. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er den Widerstand gegen die Kantonalisierung des Steuerwesens aufgibt. Alles andere widerspricht dem gesunden Menschenverstand. Im Gegensatz zu Walter Hotz kann ich abschliessend sagen, dass dies die Fraktionsmeinung ist.“

SR Veronika Heller

Stellungnahme

„Über dieses Thema haben wir uns öfters schon unterhalten. Der SR hat seine Meinung darüber immer noch nicht geändert und wird dies wohl auch nicht tun. Fast jeden Dienstagmorgen unterhalten wir uns an den Stadtratssitzungen erneut darüber, weil sich die Angelegenheit permanent weiterentwickelt. Ich habe bereits erwähnt, dass ich heute nicht alle Informationen vorwegnehmen werde, aber einen gewissen Teil davon kann ich schon preisgeben.

Die folgende Bemerkung richte ich an diejenigen Fraktionen, die immer von uns Finanzstrategien verlangen: Wie bereits vorgängig erwähnt, haben wir keinerlei Kontrolle über rund die Hälfte der Steuereinkünfte. Das Zahlenmaterial wird uns geliefert, wir können anschliessend selbst darüber entscheiden, ob dieses stimmt

oder nicht. Der SR hat gute Gründe davon auszugehen, dass auch in Zukunft weiterhin grosse Fragezeichen hinter dem Zahlenmaterial, das in der vom Regierungsrat an den Kantonsrat unterbreiteten Vorlage enthalten ist, gemacht werden müssen.

Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Die Möglichkeiten der EDV in den letzten drei Jahren seien nicht voll ausgeschöpft worden, eine Information, die dem Kanton bekannt war. Wir haben erst vor einigen Wochen davon erfahren.

Bei der WoV-Berichterstattung der Steuerverwaltung sehen Sie, dass von den zwei bei der GPK beantragten Stellenbewilligungen nur eine genutzt wurde. Im letzten Jahr haben wir insgesamt 2 weitere Stellen nicht neu besetzt und uns anders organisiert. In seiner Vorlage schreibt der Regierungsrat, die städtische Steuerverwaltung sei optimal organisiert, und er habe sich dies zum Vorbild genommen. Keine einzige Gemeindeververwaltung weiss, wie sich der Kanton im Waldhaus einzurichten gedenkt. Der Kanton hat sich darüber scheinbar keine Gedanken gemacht, und der Chef der kantonalen Steuerverwaltung hat auch keine Ahnung, wie er dieses Problem an die Hand nehmen soll. Man stelle sich das "Theater" vor, falls der Kantonsrat der Vorlage zustimmt und alle Gemeinden am 1. Januar 2006 vor der Türe des Waldhauses stehen würden.

Ich erinnere an eine zu Zeiten des Stadtpräsidenten Max Hess sehr strittige Vorlage, welche dieser sinngemäss wie folgt konterte: "Wenn Sie mich damit bestrafen wollen, treffen Sie den Falschen. " Ich habe meine letzten Wahlen hinter mir und werde nicht mehr antreten, was meine Partei seit dem Frühjahr 2004 und der Stadtrat auch bereits seit einiger Zeit weiss.

Die Stadt und sämtliche grösseren Gemeinden, wie zum Beispiel Neunkirch, Stein am Rhein, Thayngen und Hallau sind genauso dagegen, weil damit die gesamte Organisation ihrer Gemeindeverwaltungen durcheinander gerät. Endeszuletzt müssen wir abwarten, welchen Entscheid der dafür zuständige Kantonsrat trifft, der meines Wissens erst seit kurzem im Besitz der entsprechenden Unterlagen ist. Mehr Informationen kann ich Ihnen zur Zeit nicht geben. Es hat keinen Wert, am heutigen schönen Sommerabend noch länger über diese Frage zu streiten. "

Der **Ratspräsident** erinnert das Plenum daran, dass das Haupttraktandum des heutigen Abends die Rechnungsdebatte 2005 ist und nicht die Zentralisierung der Steuerverwaltung.

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

"Nicht alle Behauptungen, die heute Abend in den Raum gestellt wurden, können auch so stehen gelassen werden. Im Gegensatz zu Walter Hotz, spreche *ich* für die FDP-Fraktion. Wer jetzt lacht, wird immerhin feststellen können, dass die Behauptung der CVP in der Öffentlichkeit, wonach bei uns Fraktionszwang herrsche, gerade dadurch widerlegt wird, dass Walter Hotz mit seiner Meinung eine andere vertreten kann und trotzdem seinen guten Platz in der Fraktion hat.

Wenn Frau Finanzreferentin behauptet, die Hälfte der Steuereinkünfte würde mit Bezug auf die Kontrolle in Frage gestellt, wage ich mit gutem Recht, das Gegenteil zu behaupten. Ernst Spengler hat sehr gute Gründe angeführt. Im Zeitalter der Elektronik und der modernen Kommunikationsmittel sollte es und ist es einer Steuer-

und Finanzverwaltung jederzeit - innert Stunden- oder Halbtagesfrist - möglich, einen aktuellen Stand über den Eingang der Steuern zu erbringen. Das ist absolut möglich und somit kein Gegenargument.

Es erscheint ziemlich dreist, zu behaupten, dass die Zahlen in der Vorlage des Regierungsrates nicht richtig seien, beziehungsweise man müsse einen Vorbehalt dahinter setzen. Wir sollten nicht "Kantonsrätli" spielen und sind auch nicht die GPK des Kantons. Die Vorlage des Regierungsrates ist sehr seriös ausgearbeitet, auch bezüglich der Zahlen.

Die Behauptung, dass die räumlichen Gegebenheiten nicht vorbereitet seien, sind ebenfalls aus der Luft gegriffen. Im Übrigen wäre dies ohnehin Sache des Kantons und kann wohl kaum allen Ernstes ein Argument zur Frage einer allfälligen zukünftigen Zentralisierung sein. Eine Mehrheit des Grossen Stadtrates hat anlässlich der vor ungefähr einem Jahr stattgefundenen Debatte im Saal der Rathauslaube eine andere Meinung wie der Stadtrat vertreten, und der Stadtrat hat in seiner Vernehmlassung zu "sh.auf" gegenüber der Regierung seine eigene Meinung dokumentiert und gegen aussen kommuniziert. Wir haben das gleiche Recht, hier unsere Meinung kund zu tun und zu begründen. "

Urs Tanner (SP)

Votum

"Ich äussere mich zum Glaubenskrieg Zentralisierung nicht. Ich möchte allerdings etwas zum guten Ton bemerken. Walter Hotz auszulachen, sollte nicht Ziel des heutigen Abends sein. Leute, die eigenständig denken und seit Jahrzehnten in diesem Rat auf beiden Seiten politisieren, sollten nicht ausgelacht werden. Gehen Sie zur Sache und reden Sie über die Sache. Eine Politikerin quasi zu nötigen, Ihnen den schon lange geplanten eigenen Rücktritt entgegenzuwerfen, kann ja wohl auch nicht zur Zielsetzung des heutigen Abends gehören. Seien Sie höflich, und ich danke intelligenten und guten Menschen wie Walter Hotz und Veronika Heller, dass sie so sind, wie sie sind. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP) stellt einen Ordnungsantrag auf Schluss der Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt mit einer grossen Mehrheit dem gestellten Ordnungsantrag zu.

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)** setzt die unterbrochene Detailberatung fort.

Wortmeldungen

Iren Eichenberger (OeBS)

Seite 34

1139 Verwaltungspolizei

437.000 Bussen

"Hier finden Sie eine an und für sich unspektakuläre Abweichung vom Budget, die im Kommentar zwar erklärt, aber irgendwie auch "bedeutungsschwanger" ist. Ich zitiere wie folgt: *Die Parkwächter müssen zunehmend am Wochenende bei besonderen*

Anlässen eingesetzt werden (z.B.Fussball) und fehlen in der Folge beim regulären Parkdienst. Zudem führt verbesserte Disziplin der Automobilisten zu Bussenrückgang.

Gegen Letzteres habe ich nichts einzuwenden, das Erste verlangt eher nach einer Lösung, und ich möchte gerne eine Erklärung hören. “

Stadtpräsident Marcel Wenger:

”Ich kann Ihnen zwar dazu Auskunft geben. Ob ich Ihnen allerdings eine Lösung anbieten kann, ist eine andere Frage. Wir müssen unsere nicht gerade “muskulösen Kräfte” von 16 Personen in der Verwaltungspolizei für den Einsatz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einsetzen, um für den Fussball die vom Stadtrat verlangten Parkierungskonzepte durchsetzen zu können. Es ist keine einfache Aufgabe, weil auch die Schaffhauser Polizei für diese Aufgaben nicht zur Verfügung steht. Sie hat sehr viele Aufwendungen für die Verkehrsregelung zu leisten.

Ich gestehe offen, dass ich gerne eine grössere Beteiligung der Organisatoren der Fussballspiele sähe, wenn es um die Kosten geht. Es scheint, dass beim Fussball die kommerziellen Regeln, wonach Verursacher für bestellte Leistungen aufkommen müssen, weltweit aufgehoben sind.

Die Stadt Schaffhausen hat unter der Ägide unseres Baureferenten einen guten Schachzug gemacht und sich hinsichtlich der Infrastrukturforderungen der Fussballlobby der Städteinitiative angeschlossen, die dem Fussballverband abverlangt, dass die Forderungen der Grösse neu zu bauender Stadien auf die Leistungsfähigkeit der Städte abgestimmt werden muss. Das ist ein erster Schritt, weitere werden folgen. “

Thomas Hauser (FDP):

”Ich möchte vor allem die hier anwesenden Kantonsräte ermuntern, sich im Kantonsrat auf die Hinterbeine zu stellen. Stadtpräsident Marcel Wenger hat vor ungefähr Jahresfrist in der Polizeikommission den Antrag gestellt, dass Grossveranstaltern (z.B. slow-up, FCS und Tour de Suisse) diese Leistungen in Rechnung gestellt werden. Die Schaffhauser Polizei macht unter Leitung von Regierungsrat Heinz Albicker alles gratis, und es gehört zum guten Ton, dass nichts verrechnet wird, was ich falsch finde. “

Erwin Sutter (EDU):

”Zum Votum von Iren Eichenberger möchte ich Folgendes hinzufügen: Der Rückgang der Bussen stört mich nicht allzu stark. Hingegen würde ich es begrüssen, wenn die Polizei - wenn diese schon anderweitig eingesetzt wird - vermehrt wieder für ihre Aufgabe, für mehr Ordnung und Sicherheit zu sorgen, eingesetzt werden könnte und nicht nur zum Bussenkassieren. Auf der anderen Seite stelle ich fest, dass durch die Gebührenerhebung bei Fussballspielen auf der Breite ja auch Mehreinnahmen im Betrag von Fr. 22'000.-- generiert wurden. Da haben wir wenigstens eine gewisse Kompensation. “

Alfred Zollinger (SVP):

”Erlauben Sie mir folgendes Detail zur Frage von Iren Eichenberger. Selbstverständlich hat die GPK diese Frage auch gestellt. Die Antwort, die wir erhalten haben und die uns schlussendlich auch zufrieden gestellt hat, lautet wie folgt:

Die Frage der GPK lautete: *Ist eine Kompensation durch Freizeit sinnvoll? Lohnt sich der Einsatz von Parkwächtern an Sonderanlässen? Könnte nicht der Veranstalter private Parkwächter (z.B. Verkehrskadetten) einsetzen?*

Antwort von Herbert Distel, Sicherheit und öffentlicher Raum:

Soweit die Verkehrsdienste ebenso gut durch Verkehrskadetten geleistet werden können, werden Veranstalter dazu verpflichtet. Bei anspruchsvolleren Einsätzen werden die Kadetten jedoch durch unsere Leute geführt. Angehörige der Verwaltungspolizei kommen nur zum Einsatz, wenn die Art des Einsatzes eine gewisse Professionalität erfordert.

Die einzukassierenden Gebühren von Fr. 5.-- ist der Hintergrund der erwähnten *Professionalität.* “

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)** setzt die unterbrochene Detailberatung wie folgt fort:

- V. Investitionsrechnung, Seiten 111 - 125**
- VI. Verpflichtungskreditkontrolle, Seiten 129 - 136**
- VII. Spezialfinanzierungen, Seiten 138 - 149**
- VIII. Stiftungen und Legate, Seiten 152 -163**
- IX. Spezialverwaltungen, Seiten 168 - 201**
- X. Stiftung Impuls, Seiten 204 - 208**
- XI. Betriebe, Seiten 211 - 252**

Es erfolgen **keine Wortmeldungen.**

- II. Gesamtergebnis, Seite 7**
- III. Sachgruppenstatistik, Seiten 11 - 14**

Bericht des Stadtrates der Stadt Schaffhausen an den Grossen Stadtrat zur Rechnung 2005, Seiten I - XIII
Grafiken und Kennzahlen, Seiten XVI - XXV

Es erfolgen **keine Wortmeldungen.**

Der 1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP) verliest die **Anträge des Stadtrates, Seite XXV**, wie folgt:

ANTRÄGE

1. Die vorliegende Jahresrechnung 2005 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Die Einlagen in folgende Spezialfinanzierungen mit je Fr. 200'000.-- werden genehmigt.
 - Investitionen des Museums zu Allerheiligen

- Oberflächengestaltung Herrenacker
- Baubeitrag an das Alters- und Pflegeheim Stiftung Schönbühl
- Doppelkindergarten Neubrunn
- Doppelkindergarten St. Peter

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Die Mehrausgaben in der Höhe von Fr. 78'000.-- für die Defizitdeckung der Kunsteisbahn- und Schwimmbadgenossenschaft KSS (Pos. 3480.364.000) werden genehmigt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat genehmigt die Jahresrechnung 2005 der Einwohnergemeinde Schaffhausen in der Schlussabstimmung mit **43 : 0 Stimmen**.

Der **Ratspräsident** stellt im Anschluss den **Geschäftsbericht** des Stadtrates 2005 zur Diskussion.

Wortmeldungen:

Alfons Cadario (EVP):

Zu Seite 41, Kauf von Archivalien: 3 Eingänge = 5 Lfm.

Der Votant zitiert Seite 41 wie folgt:

Darunter eine umfangreiche Serie von Fotos und Planmaterial zur SIG-Waggonbau, die aus dem Handel "gerettet" werden konnte. Wichtiges Material zur Schaffhauser Industriegeschichte, das sonst zerstreut und verloren wäre.

"Mich interessiert die Frage, ob dieses Material allgemeines Material ist oder zum Thema Strassenbahn gehört, sonst wäre meiner Meinung nach das Staatsarchiv zuständig. "

Marcel Wenger, Stadtpräsident:

"Alfons Cadario weist auf diesen "Notkauf" hin, den man tätigen musste, sonst wäre das gesamte Archiv vernichtet worden. Wir haben das Glück, dass eine Privatperson, die das gesamte Archiv der Waggonbauabteilung der SIG dokumentiert hatte, uns zu einem sehr bescheidenen Preis ein Angebot gemacht hat. Wir standen vor der Frage, ob wir dieses wertvolle Material der Vernichtung preisgeben oder im Sinne eines Beitrages an die Schaffhauser Industriegeschichte kaufen. Meine Entscheidung fiel positiv aus, der Betrag wurde von mir mit einem bescheidenen, in meinem Kompetenzbereich von maximal Fr. 10'000.-- liegenden Nachtragskredit finanziert. Fotos und Pläne von unwiederbringlichem Wert wären sonst verloren gegangen. Die Frage, ob Neuhausen oder das Staatsarchiv das Archiv erwirbt, hat sich aus Zeitgründen gar nicht stellen können. "

Thomas Hauser (FDP):

"Alt-Grossstadträtin Esther Bänziger hätte Freude an diesem Buch, da sie immer sehr Wert auf die weibliche Wortform gelegt hat. Auf Seite 11 steht unter *Stimmzählerinnen: Käthi Tanner-Winzeler und Thomas Hauser*. Dort braucht es ein grosses "i" (StimmzählerInnen), oder ich müsste mich allenfalls einer

medizinischen Abklärung unterziehen. “

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR Preismassnahmen 2007 im Tarifverbund
Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben
Schaffhausen Anerkennung des Halbtaxabonnements**

Dieses Geschäft wurde usanzgemäss in einer Spezialkommission vorberaten.

Alfons Cadario (EVP)

SPK-Präsident

”Die Tarifmassnahmen erfolgen einerseits im Hinblick auf die Einführung des integralen Verbundes und andererseits zur Anpassung der Tarife an die Teuerung, vor allem an die stark gestiegenen Dieselölkosten.

Der wichtigste Punkt dieser Tarifmassnahmen ist – mit Blick auf die Annäherung an die nationalen Tarifstrukturen – die Anerkennung der Halbtaxabonnemente bei den VBSH.

Die Massnahmen werden differenziert nach Abonnements, Einzelbilletten, Mehrfahrtenkarten und Tageskarten vorgenommen. Es entstehen neue Fahrausweise und der Wegfall spezieller Mehrfahrtenkarten für Junioren und Senioren, wobei die Wochen-, Monats- und Jahresabonnemente für die Junioren und Senioren bestehen bleiben. Auch der Nachtbuszuschlag wird erhöht, und zwar um einen Franken auf drei Franken.

Schaffhausen kennt seit langem einen Tarifverbund für Abonnemente. Wer jedoch als gelegentlicher Benützer des ÖV unterwegs ist, braucht für jede Transportunternehmung noch einen eigenen Fahrausweis. Der Kanton Schaffhausen und die im Tarifverbund Schaffhausen zusammengeschlossenen Transportunternehmungen planen nun die Einführung eines integralen Verbundes, das heisst auch gemeinsame Einzelbillette, Tageskarten und Felderkarten auf das Jahr 2008.

Der integrale Verbund erfordert von den VBSH den Übergang auf nationale Tarifstrukturen, das heisst insbesondere die Anerkennung des Halbtaxabonnements. Wichtig ist, die Preise vor der Einführung des integralen Tarifverbundes anzupassen. Somit erhöht sich der „Eintrittspreis“ der VBSH in den Verbund. Ausserdem wirken sich die Tarifmassnahmen auch bei den Einnahmenanteilen von Halbtax- und Generalabonnements positiv aus.

„Gewinner“ dieser Vorlage sind die Stadt und die VBSH, weil der gute Deckungsgrad der beiden letzten Jahre gehalten werden kann. Aber auch die Mehrzahl der Gelegenheitsfahrer mit dem Halbtaxabo zahlt weniger oder gleich viel wie bisher.

Der nächste Schritt kommt in etwa 2 Jahren mit der Einführung des integralen Verbundes mit neuen Billettautomaten. Dieser Schritt sollte nicht mit wesentlichen Preiserhöhungen belastet werden.

Die Kommission hat die Vorlage am 29. Mai 2006 an *einer* Sitzung beraten. Sie ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten und hat der Vorlage mit kleinen Änderungen ebenfalls einstimmig mit 8 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, zugestimmt.

Folgende Punkte wurden in der Kommission diskutiert:

Kleiner Rabatt für die Halbtaxabonnemente:

Die Rabatte für die Halbtaxabonnemente werden mit zunehmender Reisedistanz grösser. Bei kleinen Distanzen, wie auf dem VBSH-Netz, ist wegen des Sockelpreises von Fr. 2.20 deutlich geringer. Dasselbe ist auch im ZVV der Fall. Der Sockelpreis wurde geschaffen, um insbesondere den städtischen Verkehrsbetrieben die Anerkennung des Halbtaxabonnements ohne zu grosse Ertragsausfälle zu ermöglichen.

Es wurde die Befürchtung, dass von den Senioren Opposition gemacht wird, ausgesprochen. Die ersten Leserbriefe sind bereits veröffentlicht worden. Die VBSH haben mit dem Rentnerverband Kontakt aufgenommen.

Folgende Änderungen hat die Kommission beim Tarifentwurf vorgenommen oder diskutiert:

Art 1.2.3 Begleitpersonen von Behinderten:

Es wurde die Frage gestellt: Wer muss einen gültigen Fahrausweis haben? Es spielt keine Rolle, wer von beiden einen gültigen Fahrausweis besitzt. Eine Person reist immer gratis.

Art. 1.2.4 Polizei in Uniform:

Der ganze Artikel wurde gestrichen. Die Kommission ist der Ansicht, dass diese Regelung überholt ist. Es handelt sich um eine alte Regelung aus den Zeiten der Stadt- und Quartierpolizisten. Es sind nur wenige Polizisten in Uniform auf den Bussen anzutreffen.

Art. 1.4

Nach der Kommissionsarbeit hat die VBSH bei der zuständigen Stelle des Verbandes öffentlicher Verkehr, ch-direkt, mit dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Grossen Stadtrat und das Volk, den Antrag auf Aufnahme in den so genannten Halbtaxbereich per 10.12.06 gestellt.

ch-direkt hat bei dieser Gelegenheit den Wunsch geäussert, dass die VBSH die seit längerem praktizierte Anerkennung der Enkelkarte analog derjenigen der Juniorkarte im Tarif explizit erwähnt. Die VBSH hat diesem Wunsch entsprochen und den Text im Artikel 1.4 entsprechend ergänzt.

Ich bitte Sie, auch dieser kleinen Änderung zu zustimmen.

Art. 3.1 Billettsorten:

Es wurde die Präzisierung beschlossen: Ermässigte Billette für Halbtaxabonnemente und Kinder.

Art. 3.2 Bezug:

Wurde ergänzt: Tageskarten werden durch das Fahrpersonal und *in der Ticketeria* abgegeben.

Art. 6.1 Sonderbillette:

Der Stadtrat wird ersetzt durch: *Die Direktion* kann in besonderen Fällen spezielle Fahrausweise und Sonderbillette bewilligen.

Am Schluss möchte ich Frau Stadträtin Veronika Heller den Herren Walter Herrmann und Marcel Gfeller danken.

Ich kann Ihnen gleichzeitig bekannt geben, dass die **OeBS/EVP-Fraktion** auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird.

Die Fraktion ist der Ansicht, dass bei der nächsten Tarifierung auf irgendeine Art und Weise den Schwächeren eine Möglichkeit geboten wird, die Billette und/oder Abonnements günstiger zu erhalten.

Rund 17% der über 64-Jährigen haben ein Renteneinkommen (ohne Berücksichtigung der Ergänzungsleistungen), das unter der Armutsgrenze der SKOS liegt. Es kann nicht sein, dass EL-Bezüger und/oder Mitbürger, die knapp an der Grenze sind, respektive sich scheuen, eine EL zu beziehen, sich bei verschiedenen Hilfswerken die Abonnements bezahlen lassen. Diese Hilfswerke sammeln das Geld wiederum bei den Behörden und bei verschiedenen Sammelaktionen bei uns Mitbewohnern dieser Stadt.

Viele, die in diesen finanziellen Verhältnissen leben, können sich kein Jahresabonnement leisten, weil sie diese grosse Summe nicht auf einmal ausgeben können. “

Werner Schöni (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Die hier zur Diskussion stehende Vorlage enthält, trotz Preiserhöhungen, positive Aspekte:

- Vorgesehene Einführung eines integralen Verbundes auf 2008. Das heisst, ich kann in Buchthalen ein Billet lösen und damit bis Beggingen fahren.
- Das Halbtaxabonnement wird eingeführt, und wir erhalten Zugriff zu diesem Topf.
- Der Nachtbuszuschlag wird angehoben.

Die Erhöhungen der Preise sind immer unangenehm. Wir beurteilen diese jedoch als moderat; dies vor allem, wenn wir die stark gestiegenen Treibstoffpreise betrachten. Unschön sind auch die Preiserhöhungen bei den ermässigten Abonnements für Junioren und Senioren. Für Gelegenheitsfahrer bietet sich der Ausgleich mit dem Halbtaxabonnement. Gesamthaft gesehen auch hier eine akzeptable Lösung.

Noch ein Wort zum Nachtbuszuschlag:

Ich habe einmal mehr gelernt, wie klar die Wege der Politik sind. Erinnern Sie sich noch an Christian Meister und sein feuriges Votum für den Fünffranken-Nachtbuszuschlag? Erinnern Sie sich auch noch, wie Sie diese Motion weggeputzt haben? Neu reicht dieser Fünfliber nicht mehr.

Wieder zur Vorlage:

- Der integrale Verbund ist eine gute Sache.
- Die VBSH leisten einen guten Job und verdienen unsere Unterstützung.
- Die beantragten Massnahmen sind in ihrer Gesamtheit gesehen ein guter Konsens.
- Unsere Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Abschliessend danke ich Alfons Cadario für die gute Sitzungsführung, Frau Stadträtin Veronika Heller und den Herren Herrmann und Gfeller für die klaren und

kompetenten Auskünfte. “

Die von **Werner Schöni (SVP)** gestellte Frage, warum die von der ch-direkt verlangte und bereits auch genehmigte explizite Zustimmung im Tarif der VBSH bezüglich Enkelkarte (Art. 1.4) noch nicht in der Vorlage eingefügt wurde, konnte von **Alfons Cadario (EVP)** zufrieden stellend beantwortet werden. Der Zusatz ist auf den dem Parlament vorliegenden Änderungsanträgen der SPK vermerkt.

Urs FÜRER (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Mit Überraschung musste ich feststellen, dass ich heute Abend zu diesem Traktandum Stellung nehmen darf. Wir haben nicht damit gerechnet, dass dieses Traktandum an der heutigen Sitzung noch zur Sprache kommen wird.

Zudem sehe ich mich als langjähriger Verfechter eines Nulltarifs in einer sonderbaren Situation, zumal ich heute Abend im Rat Tarifierhöhungen vertreten muss. Aber ich mache dies trotzdem mit Überzeugung. Es geht im Wesentlichen um die Einführung des Halbtaxabonnement und um eine Anpassung an nationale Tarifstrukturen, was eine positive Sache ist. Dass die Senioren und vor allem die Junioren mit den grössten Aufschlägen belastet werden, hat uns nicht sonderlich gefreut. Wir sehen es aber als notwendiges Übel und werden auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Ich möchte an dieser Stelle Alfons Cadario für die schnelle und umsichtige Führung der SPK sowie auch den anwesenden VBSH-Vertretern Walter Herrmann, Marcel Gfeller und Stadträtin Veronika Heller danken. “

Christian Bächtold (FDP)

FDP/JFDP-Fraktionserklärung

”Der Kommissionspräsident Alfons Cadario hat uns die Vorlage ausführlich vorgestellt. Die stadrätliche Vorlage ist detailliert und gut begründet.

Die Kommission war sich rasch einig und die wenigen Fragen wurden von SR Veronika Heller, Walter Herrmann und Protokollführer Marcel Gfeller kompetent beantwortet. Die FDP/JFDP-Fraktion unterstützt die Vorlage vorbehaltlos.

Wir finden es gut, dass im Hinblick auf einen wünschbaren integralen Tarifverbund Schaffhausen und damit als Annäherung an die nationalen Tarifstrukturen nun in einem ersten Schritt das Halbtaxabonnement anerkannt wird, notabene als eine der letzten Städte in der Schweiz. 2008 sollen im Verbund endlich gemeinsame Einzelbillete, Tageskarten und Felderkarten eingeführt werden. Die sehr moderaten Preismassnahmen betrachten wir, vor allem durch die gestiegenen Treibstoffpreise ausgelöst, als berechtigt.

Wir werden auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. “

Marlies Besio (CVP)

CVP-Sprecherin

”Zuerst gilt es, die Leitung und Mitarbeitenden der Verkehrsbetriebe Schaffhausen zu beglückwünschen, dass sie trotz eines unvermeidlichen Kostenschubs den Kostendeckungsgrad von 51.5% des Vorjahres halten konnten. Die Verkehrseinnahmen steigerten sich sogar um 6,7% auf Fr. 8'720'000.--. Dies nicht allein wegen der 2004 vorgenommenen Tarifierhöhung, sondern dank eines

erfreulichen Anstieges der Fahrgäste. Allein den Nachtbus benützten 28% mehr Personen als im Vorjahr.

Es zeigt also, dass die Fahrgäste bereit sind, für gute Leistungen einen angemessenen Preis zu bezahlen. Last but not least verdanken wir das gute Resultat sicher auch einem umsichtigen und effizienten Management.

Für die CVP haben die öffentlichen Verkehrsmittel Vorrang; sie zählen zur Grundausrüstung der ökologischen Infrastruktur unserer Stadt. Und wer möchte unsere Stadtbusse schon missen, gehören sie doch ins Stadtbild wie ein schönes Gebäude oder gepflegte Parkanlagen.

Die Zunahme der Fahrgäste zeigt, dass immer mehr Personen vom attraktiven und leistungsfähigen Transportmittel profitieren. Um die höheren Treibstoffkosten und die gestiegenen Personalaufwendungen zu kompensieren, ist eine Tarifierhöhung unumgänglich.

Einzig die Erhöhung der Mehrfahrtenkarte für Kinder (6-16 Jahre) und Behinderte von acht auf zehn Franken, das heisst um 25%, finden wir zu hoch.

Wir stellen den **Antrag**, im Interesse einer familienfreundlichen Tarifgestaltung, die Mehrfahrtenkarte für Kinder und Behinderte bei dieser Tarifrunde nicht zu erhöhen, sondern auf Fr. 8.00 zu belassen. Ebenso möchten wir auf eine Erhöhung des Monatsabos für Kinder und Behinderte von Fr. 31.00 auf Fr. 33.00 verzichten.

Wir rechnen damit, dass Eltern ihre Kinder, bei diesen doch sehr günstigen Fahrpreisen vermehrt anhalten, den Bus zu nehmen, um ihren diversen Freizeitbeschäftigungen (Ballet, Schwimmen, Judo, Musikschule) nachzugehen und sie nicht mit dem Privatauto herumchauffieren.

Die Verkehrsbetriebe haben sich mit der Anerkennung des Halbtax-Abonnements auf die integrale Tarifstruktur 2008 ausgerichtet, was wir sehr bejahen, sind wir doch eine der letzten städtischen Verkehrsbetriebe, welche das Halbtaxabo noch nicht anerkennen. “

Susanne Günter (FDP)

Votum

”Ich verstehe zwar, dass der Kommissionspräsident nicht eine weitere SPK-Sitzung einberufen wollte, trotzdem möchte ich erklärt haben, was die Enkelkarte beinhaltet. “

Alfons Cadario (EVP):

”Die Enkelkarte kommt von ch-direkt und die SBB hat diese zum Beispiel bereits akzeptiert. Mit der Enkelkarte können Enkel mit ihren Grosseltern entweder gratis oder viel billiger fahren. Die Grosseltern müssen allerdings etwas für diese Enkelkarte bezahlen. “

Urs Tanner (SP)

Votum

”Ich möchte mich unserem Fraktionssprecher Urs FÜRER anschliessen. Trotzdem möchte ich noch etwas zur Diskussion Senioren, AHV/EL-Diskussion hinzufügen. Alfons Cadario hat es angetönt und auch der Vorstoss der CVP findet Sympathie in den Reihen der SP/AL-Fraktion.

Der ablehnende Entscheid von 2000 sollte nicht zu einer Diskussionsverweigerung während der nächsten 20 Jahre führen. Damals wurde eine generelle Aufhebung der Rabatte vom Stimmvolk abgelehnt. Wir müssten uns für die nächste oder übernächste Tarifrunde überlegen, ob wir Rabatte nicht besser anstatt ans AHV-Alter an EL-Bezügerinnen und EL-Bezüger binden. Wir haben nun mal 17% EL-Bezügerinnen und Bezüger, unabhängig davon, ob sie diese Leistung beanspruchen oder nicht. Wir haben auch eine Durchschnittssumme von Fr. 500'000.-- in der Schweiz, die vererbt werden. Hier unterstützen wir zu fast 100% den von der CVP gestellten Antrag. Bei Familien und Alleinerziehenden sieht es wiederum anders aus. Wir müssen in der nächsten Revision die Rabatte für Senioren genau definieren. "

SR Veronika Heller**Stellungnahme**

"Es ist eine ausgewogene und notwendige Vorlage. Ich danke Ihnen für die allgemein gute Aufnahme und dem Kommissionspräsidenten für die speditive Führung der SPK. Die Enkelkarte können wir gerade noch verkräften, obwohl der Wunsch des Stadtpräsidenten, dass auch ehemalige Enkel davon profitieren können, unerfüllt bleibt.

Ich bitte Sie, den Antrag der CVP abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen, die Sie bereits gehört haben:

Eine Anpassung an nationale Tarifstrukturen und die Einbindung in den integralen Verkehrsverbund sowie die Anerkennung des Halbtaxabo sind nötig. Dabei fällt bei den Felderkarten die Vergünstigung für Junioren und Senioren, aber nicht bei den Abonnements, weg. Das Thema der Ermässigungen sollte nicht an dieser Vorlage abgehandelt werden. Wenn die VBSH mit verschiedenen weiteren Verkehrsbetrieben in einem integralen Verbund ist, müssen alle etwas "hergeben". Wenn die Vorlage im Parlament scheitert, kommen wir aus zeitlichen Gründen (Dezember 2006) in grosse Bedrängnis und hinken ein Jahr hinterher. Der nächste Schritt, mit der Einführung des integralen Verbundes in zwei Jahren, beschert uns das Thema der komplexen und nicht ganz billigen Billettautomaten.

Wir möchten diesen nächsten Schritt nicht mit zu grossen Erhöhungen belasten, deshalb ist jetzt ein erster Schritt mit der vorliegenden Vorlage ausgewogen und notwendig. Bitte vergessen Sie nicht, dass die VBSH zu den sehr günstigen Verkehrsbetrieben in der Schweiz gehören, was uns bestimmt örtliche Vorteile, aber im Vergleich mit anderen nationalen Betrieben und gegenüber dem Kanton gewisse Vorwürfe einbringt. Das Votum des kantonalen Baudirektors, er habe keine Lust, die zu günstigen Tarife der Stadt im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs zu finanzieren, hallt immer noch in meinen Ohren, obwohl der Kostendeckungsgrad der VBSH immer noch besser wie bei der RVSH ist.

Bitte genehmigen Sie die Vorlage so, wie sie vorliegt. Ein Teil der Erhöhung ist auch der gestiegene Dieselpreis, der uns sehr belastet. Ich kann Ihnen versichern - und davon bin ich absolut überzeugt - dass wir noch längere Zeit Diesel haben werden und die Zeiten des billigen Diesel endgültig vorbei sind. "

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen verlangt werden und kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest die Seiten 1-5, den Tarif 2007 der Verkehrsbetriebe mit den von der SPK im Anhang vorgeschlagenen Tarifänderungen Seiten 1-16 und die Anträge.

Anhang zum Tarif 2007 der VBSH, Seite 14

Marlies Besio (CVP):

„Wir stellen den Antrag, im Interesse einer familienfreundlichen Tarifgestaltung die Mehrfahrtenkarte für Kinder (6-16 Jahre) und Behinderte bei dieser Tarifrunde nicht zu erhöhen, sondern auf Fr. 8.-- zu belassen. Ebenso möchten wir auf eine Erhöhung des Monatsabonnements für Kinder (6-16 Jahre) und Behinderte von Fr. 31.-- und Fr. 33.-- verzichten.“

Der Grosse Stadtrat lehnt den **Antrag** von Marlies Besio (CVP) mit **31 : 10 Stimmen** ab.

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 25. April 2006 betreffend Preismassnahmen 2007 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen – Anerkennung des Halbtaxabonnements.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat stimmt den auf den 9. Dezember 2006 vorgesehenen Tarifierhöhungen der Verkehrsbetriebe mit erwarteten Mehreinnahmen von ungefähr Fr. 575'000.-- zu. Er genehmigt mit dem Tarif 2007 insbesondere auch die Anerkennung des Halbtaxabonnements.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Gestützt auf Art. 11 Abs. 1 lit h der Stadtverfassung untersteht die Festlegung des Tarifs dem fakultativen Referendum.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat genehmigt die Vorlage des Stadtrates vom 25. April 2006, die Anträge sowie den Tarif 2007 mit den von der SPK vorgeschlagenen Anpassungen mit **42 : 0 Stimmen**.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES PRÄSIDENTEN

Neu eingegangene Geschäfte:

Interpellation Christoph Schlatter (SP): Welche Haltung nimmt der Stadtrat zum verschärften Asylgesetz ein? vom 20.06.06

Motion Walter Hotz (FDP): Eckwerte Leistungsauftrag für Stadtzug Schaffhauser Polizei vom 20.06.06.

Beide Geschäfte werden auf der Trakandenliste der nächsten Ratssitzung erscheinen.

Der **Ratspräsident** verliest im Anschluss das mit dem 19.06.06 datierte **Demissionsschreiben von Edgar Mittler (FDP)**:

Sehr geehrter Herr Präsident

Die starke geschäftliche Belastung und der immer grösser werdende zeitliche Aufwand für die Ratstätigkeit mit Aktenstudium, GrSR-, Fraktions- und Kommissionssitzungen haben mich zum Entschluss gebracht, per 30. Juni 2006 aus dem Grossen Stadtrat zurückzutreten.

Nachdem ich nun seit rund 10 Jahren in diesem Parlament mitwirken durfte, macht sich bei mir auch eine gewisse Politverdrossenheit bemerkbar, die nicht zuletzt auch mit der Gesprächskultur und der Ratsdisziplin in diesem Saal zu tun hat.

Ich habe jahrelang mit grosser Freude, mit Spass und Enthusiasmus politisiert, und dafür danke ich allen, mit denen ich auf faire und anständige Art über die verschiedenen politischen Ansichten "streiten" durfte.

Hiermit verabschiede ich mich auch von meiner Motion "City Card", die am 17. September 2002 mit grossem Mehr erheblich erklärt wurde und sich seither in einem "tööfe, gesunde Schlof" befindet.

Ich wünsche allen Anwesenden für die Zukunft nur das Beste, vor allem aber gute Gesundheit. "

Der **Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS)** würdigt im Anschluss das politische Engagement vom zurücktretenden Edgar Mittler (FDP):

Edgar Mittler gehört dem Grossen Stadtrat seit dem 1. Januar 1997 an. Er wurde dann auch gleich in die Verwaltungskommission des EWS gewählt, der er auch heute noch angehört. Am 31. August 1997 wurde er in den Steuerungsausschuss WoV gewählt.

Edgar Mittler hat in den fast 10 Jahren seiner Zugehörigkeit zur Legislative folgende Vorstösse eingereicht: 5 kleine Anfragen, 3 Interpellationen und 1 Motion, die – Sie haben es im Rücktrittsschreiben gehört - im Dornröschenschlaf ist und demzufolge jeweils mindestens im Zusammenhang mit den hängigen Motionen wieder kurz geweckt wird.

Dann hat Edi in 35 Spezialkommissionen mitgewirkt. Darunter befanden sich zahlreiche Geschäfte, die sich – wie könnte es für einen Bankfachmann anders sein – mit Finanzierungsfragen befassten.

WoV war ihm ein grosses Anliegen und auch in Baufragen engagierte er sich immer wieder. Im Rat gehörte er eher zu den Zuhörern als zu den Rednern; wenn ihn dann aber etwas „in die Nase stach“, konnte er sich auch pointiert zu Wort melden. Dabei ging es oft um die finanziellen Interessen der Stadt.

Lieber Edgar, ich wünsche Dir für Deine Zukunft alles Gute und hoffe, dass Du trotz

der im Rücktrittsschreiben durchschimmernden Kritik mit Genugtuung an Deine Jahre als Grossstadtrat zurückdenken kannst.

Last but not least verdankt **Dr. Paul Bösch (OeBS)** das von **Rolf Amstad (SP)** in Sindelfingen als Vertreter der Stadt Schaffhausen anlässlich des alljährlichen Partnerstädtetreffens geleistete grosse persönliche Engagement.

Die **nächste und letzte Ratssitzung vor den Sommerferien** findet am Dienstag, 4. Juli 2006, um 17.00 Uhr statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 19:29 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 28.06.06